

Absender

EINSCHREIBEN

RA xxx

Adresse

PLZ Ort

Ort, Datum

Verfahren: xxx

**Inkenntnissetzung über mein heutiges Schreiben an das «*Betreibungsamt xxx*»
Aufforderung zum Mandatsrückzug
Ankündigung von Pönalen**

Sehr geehrte(r) Frau /Herr RA xxx

In der Beilage sende ich Ihnen als [bevollmächtigter Rechtsvertreterin / bevollmächtigtem Rechtsvertreter](#) der Gegenpartei mein heutiges Einschreiben an das «*Betreibungsamt xxx*» zur Kenntnisnahme, mit dem ich

- a. die Rechtswirksamkeit der «*Verfügung*» des «*Betreibungsamtes xxx*», vom Datum aberkenne;
- b. den Nachweis der Legitimation für hoheitliche Handlungsbefugnisse des «*Betreibungsamtes xxx*»), seiner Funktionäre und der weiteren involvierten «*Instanzen*» innert 20-Tagesfrist nach Eingang dieses Schreibens einfordere, resp. innert derselben Frist die Ungültigerklärung der amtsanmassend ausgestellten, nur vorgeblich hoheitlich legitimierten «*Verfügung*» verlange, da nach Treu und Glauben zu erwarten ist, dass die einschlägigen Beweise nicht erbracht werden können;
- c. allfällige Pönalen ankündige.

Ich fordere Sie auf, Ihre Mandanten darüber in Kenntnis zu setzen.

Zudem gebe ich Ihnen hiermit bekannt, dass Sie sich als Anwalt der Gegenpartei spätestens ab Kenntnisnahme dieses Schreibens mit jeder weiteren anwaltlichen Handlung vor dem (nur vorgeblich zuständigen) «*Betreibungsamt xxx*») und anderen pseudostaatlichen Organisationseinheiten der amtsanmassend «*hoheitlich*» handelnden Firmenkonstrukte¹ der Mittäterschaft/Komplizenschaft schuldig machen.

Ich empfehle Ihnen die entsprechende Mandatsniederlegung in Ihrem eigenen Interesse und entsprechende Mitteilung an mich innert 20 Tagen nach Eingang dieses Schreibens.

¹ vgl. https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/behoerden_mit_hr_nummern.pdf

Sollten Sie trotz der fehlenden hoheitlichen Handlungsbefugnis der illegal aktiven «*staatlichen Instanzen*» Ihr Anwaltsmandat aufrechterhalten und als Anwalt bei den amtsanmassend und betrügerisch nur noch vorgespielten «*Rechtsverfahren*» mitwirken, würden Sie mir damit strafrechtlich relevant Schaden zufügen und hohe Zusatzaufwände verursachen.

Mit jeder entsprechenden Vertretungs-Handlung vor den illegal agierenden «*Gerichten*», «*Ämtern*» und anderen pseudostaatlichen Organisationseinheiten würden Sie folglich einwilligen, an mich entsprechende Strafzahlungen (Pönalen) gemäss den nachfolgend genannten Bedingungen zu leisten:

1. Jede Ihrer (mündlichen und schriftlichen) Vertretungshandlungen für Ihre Mandantschaft in Sachen xxx vor einem illegal in eine Kapitalgesellschaft umgewandelten «*Gericht*», «*Amt*» oder einer anderen pseudostaatlichen Organisationseinheit zeitigt eine Strafzahlung in der Höhe von Fr. 50'000.-² an mich.
2. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage, wobei die Übergabe mindestens 14 Tage vorher abgesprochen werden muss.
3. Wird die Zahlungsfrist nicht eingehalten, so wird ab dem 31. Tag automatisch eine zusätzliche Gebühr von Fr. 500.-² pro Kalendertag fällig.
4. Es gilt das Bringprinzip. Die Übergabe muss mindestens 14 Tage vorher mit mir abgesprochen werden.

Das Definitionsrecht dieses Instruments liegt ausschliesslich bei mir. Alle Rechte vorbehalten. Die Inkenntnissetzung des Agenten ist die Inkenntnissetzung des Prinzipals, und die Inkenntnissetzung des Prinzipals ist die Inkenntnissetzung des Agenten.

Mit freundlichen Grüssen

Unterschrift

Beilagen:

- Mein Einschreiben vom Datum an das «*Betreibungsamt xxx*»

² Ich behalte mir vor, die Auszahlung der genannten Beträge in Gold gemäss dem heutigen (Datum) Gold-Wechselkurs einzufordern.